

■ FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld
Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Christiana Bauer

**FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bielefeld**

Jan Maik Schlifter
FDP-Fraktionsvorsitzender

Kontakt Fraktionsbüro:
Altes Rathaus EG Zi. 12
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld
Telefon: 0521 51-20610
E-Mail: rat@fdp-bielefeld.de

Bielefeld, den 8.6.2026

Haushaltskrise sofort bekämpfen - Konsolidierungsprogramm 2026 – Antrag zur Ratssitzung am 11.06.2026

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer,

für die o.g. Sitzung stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die eingerichteten Arbeitsgruppen zur Haushaltskonsolidierung haben den Auftrag, Vorschläge für die Aufstellung der Haushalte ab 2027 zu erarbeiten. Angesichts der sich aktuell weiter verschärfenden Haushaltslage ist es jedoch erforderlich, bereits im laufenden Jahr 2026 kurzfristige und wirksame Maßnahmen zur Ausgabenbegrenzung einzuleiten.

Der Rat beauftragt die Verwaltung daher, bis zur Aufstellung eines neuen Haushalts folgende Sofortmaßnahmen umzusetzen:

1. Neben einer Einstellungssperre gilt mindestens bis zur Aufstellung des neuen Haushalts zusätzlich eine Beförderungssperre.
2. Eine freiwillige Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit gemäß TVöD wird seitens der Stadt bis auf Weiteres nicht gewährt. Ausnahmen sind nur durch gesonderten Einzelbeschluss des Finanz- und Personalausschusses möglich.
3. Unbezahlter Urlaub wird grundsätzlich genehmigt. Die Beschäftigten werden auf über diese Möglichkeit proaktiv informiert.
4. Die Bezirksvertretungen dürfen pro Halbjahr nur noch eine Arbeitsgruppensitzung mit Verdienstausschlag durchführen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Satzungsentwurf zu erarbeiten und dem Rat vor der Sommerpause zur Beschlussfassung vorzulegen,

nach der die Vorsitzenden der Ratsausschüsse künftig keine gesonderte Aufwandsentschädigung mehr erhalten.

6. Freiwerdende Stellen in den Schulsekretariaten werden ausschließlich intern, aus der Kernverwaltung heraus besetzt. Die dadurch freiwerdenden Stellen in der Kernverwaltung sind ebenfalls intern nachzubetzen oder die entsprechenden Aufgaben sind zu reduzieren.
7. Die Ausgaben für Büromaterial werden pauschal um 10 % gekürzt.
8. Die Verwaltung wird gebeten, die Regelung für Dienstreisen so anzupassen, dass der Gesamtaufwand hierfür auf 25 % des bisherigen Niveaus reduziert wird.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, das verwaltungsinterne Vorschlagswesen weiterzuentwickeln. Die Prämierung soll sich künftig stärker am tatsächlich erzielten Einsparvolumen orientieren und Anreize für Reduzierung, Vereinfachung und Effizienzsteigerung schaffen.
10. Die städtischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften werden aufgefordert, ebenfalls schon 2026 einen angemessenen zusätzlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und dem Kämmerer hierfür bis September eine inhaltlich fundierte Maßnahmenplanung vorzulegen.

Begründung

Die jüngste Steuerschätzung hat deutlich gemacht, dass sich die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte weiter verschlechtert und die Herausforderungen größer ausfallen werden als noch in der Beschlussvorlage 1067/2025-2030 dargestellt. Die Stadt muss ihre Strukturen und Leistungen konsequent und unverzüglich an den finanziellen Realitäten ausrichten. Maßstab hierfür ist ein Vierklang aus Aufgaben reduzieren, Prozesse vereinfachen, Standards vereinheitlichen und Digitalisierung vorantreiben. Nur wenn dieser Ansatz konsequent verfolgt wird, können dauerhaft Ausgaben gesenkt, Personalressourcen effizienter eingesetzt und die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten werden. Zwar wurden Arbeitsgruppen zur Erarbeitung langfristiger Konsolidierungsmaßnahmen eingerichtet, deren Ergebnisse werden jedoch erst für die Haushaltsjahre ab 2027 wirksam werden können. Angesichts der Dynamik der aktuellen Entwicklung kann die Stadt jedoch nicht darauf warten, bis diese Prozesse abgeschlossen sind. Jede Verzögerung erhöht den Konsolidierungsbedarf der kommenden Jahre und schränkt die zukünftigen Handlungsspielräume weiter ein.

Die vom Kämmerer verfügte Haushaltssperre stellt einen notwendigen ersten Schritt dar. Sie allein wird jedoch nicht ausreichen, um den absehbaren finanziellen Herausforderungen wirksam zu begegnen. Erforderlich ist vielmehr ein umfassendes Signal der Sparsamkeit und Ausgabendisziplin, das sowohl die Verwaltung als auch die politischen Gremien einschließt.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Dramatik der finanziellen Lage bislang nicht in allen Bereichen des politischen und administrativen Handelns ausreichend berücksichtigt wird. Die Konsolidierung des Haushalts kann nur gelingen, wenn die Notwendigkeit von Prioritätensetzungen von allen Beteiligten anerkannt und mitgetragen wird.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen verfolgen daher das Ziel, bereits kurzfristig Einsparpotenziale zu realisieren, zusätzliche finanzielle Belastungen zu vermeiden und gleichzeitig ein deutliches Zeichen für die notwendige Haushaltsdisziplin zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Maik Schlifter

(FDP-Fraktionsvorsitzender)